

Deutsche Rundschau

in Polen

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 4.50 M.
mit Zustellgeb. 4.80 M. Bei Postbezug monatl. 4.89 M.
vierteljährlich 14.88 M. Unter Streifband in Polen monatl. 8 M. Danzig
2 M. Deutschland 2.50 M. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr.
Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung etc.) hat der Bezüger keinen Anspruch
auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Zurzeit Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einseitige Millimeterzeile 15 gr., die einseitige
Kettenecke 125 gr., Danzig 10 bzw. 80 Dz. Bi-
Deutschland 10 bzw. 70 Dz. übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Plat-
vorricht u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen
schriftlich erbeten. — Öffertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der An-
zeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Botschaften: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 78.

Bromberg, Dienstag den 4. April 1933

57. Jahrg.

Der Mussolini-Pakt.

Der gegenwärtige Stand der Verhandlungen.
Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter

Die letzten Artikel und Meldungen der polnischen Presse über den gegenwärtigen Stand der Frage des Vier-Mächte-Paktes suchen — aus welchem Grunde, ist eine psychologische Frage, auf die wir nicht einzugehen brauchen — die polnische öffentliche Meinung ganz offenbar in Illusionen zu lullen. Der nicht ganz kritische Leser der polnischen Presse ist beinahe schon bereit, das Projekt des Vier-Mächte-Paktes für aufgegeben oder dafür bestimmt zu halten, in nächster Zeit ad acta gelegt zu werden. Er glaubt, daß die Pläne Mussolinis und Macdonalds durch zwei Täufchen durchkreuzt worden seien: einmal durch das Veto der Kleinen Entente, die 50 Millionen Menschen mit den dazu gehörigen Armeen und Waffen zählt, und sodann durch die von polnischer Seite erklärte Bereitwilligkeit, sich gegebenfalls der Kleinen Entente, welcher Polen bisher rechtfern gestanden hatte, demonstrativ anzuschließen und aus diesem Anschluß weitgehende Konsequenzen zu ziehen. So mancher Warschauer Durchschnittspolitischer steht bereits in seiner Phantasie der sogenannten „revisionistischen“, von Mussolini und Hitler geleiteten Front eine Koalition von Staaten entgegentreten, deren Kräfte so evident seien, daß Frankreich nicht umhin kann, in altbewährter Weise an deren Spitze zu bleiben, was wiederum England zwingen müßte, sich in die Sphäre der Neutralität zurückzuziehen und alle Pläne zur Förderung der Revisionsmöglichkeiten aufzugeben.

Die Wirklichkeit ist indessen viel komplizierter als dieses Phantasielied. Die Dinge der Wirklichkeit gestalten sich niemals in den einfachen und übersichtlichen Linien, welche die Propaganda zeichnet. Sie haben ihre Eigennatur und ihre Rätselhaftigkeit. Der Prozeß, dessen Endpunkt der Ausbau einer antirevisionistischen Front mit militärischer Besetzung in Mittel- und Osteuropa wäre, hat eigentlich noch gar nicht begonnen. Warschau kann, auch wenn es dies wollte, in dieser Hinsicht der Kleinen Entente keinen Ansporn geben, solange die Haltung von Paris ungeklärt ist. Aber auch abgesehen davon — kann Warschau mit einer derartigen Initiative hervortreten, solange zwischen Polen und der Kleinen Entente das Riesenhindernis aufragt, welches in der Problematik der Beziehungen der Staaten der Kleinen Entente zu Sowjetrussland steckt? Es ist daher keineswegs verwunderlich, daß es bisher bei den Gerüchten von den bevorstehenden Reisen des Außenministers Beck nach Prag und Belgrad geblieben ist, und daß Herr Beck sich nicht mehr beeilt, diese Reisen anzutreten, nachdem diese Gerüchte ihren Zweck erfüllt haben.

Inzwischen scheinen sich die Gegebenheiten in Paris in der Richtung auf eine dramatische Auspaltung hin — wie sich ein Kenner des Pariser Bodens ausdrückt — zu entwickeln: Die französischen revisionseindlichen Kreise signalisieren ihren Freunden in den bundesgenossischen Ländern, wo der Erfolg des Vetos der Kleinen Entente gegen den Vier-Mächte-Pakt bereits als bedeutender Postillposten in die Bilanz gestellt wurde, daß dieser Erfolg noch als sehr zweifelhaft erscheine, und daß im Gegenteil Grund zur Beunruhigung gegeben sei. Erklärte doch Paul-Voncour in der Außenkommission des französischen Parlaments, daß Frankreich unmöglich die ihm vorgelegten Vorschläge immer wieder zurückweisen könne, daß die Initiative Mussolinis an einer ständigen Zusammenarbeit der vier Großmächte unbedingt vorteilhaft sei, denn diese Zusammenarbeit sei nicht nur geeignet, eine Entspannung herbeizuführen, sondern sie sei auch notwendig, wenn die heftige politische und wirtschaftliche Krise überwunden werden sollte. Paul-Voncour versüßte diese Erklärung allerdings mit einigen Nebenkarten über die Gleichheit der Rechte der kleinen und großen Staaten; doch daß der Sinn der Erklärung nicht in der Verfüllung lag, ist für jeden Politiker offenbar.

Die französische Regierungserklärung wurde dann durch den „Temps“ verdeckt, der in seinem Kommentar zur Regierungsthese den ihr zugrund liegenden Revisionsgedanken ausdrücklich billigt und nur einschränkend betont, daß die Realisierung dieses Gedankens im Rahmen des Völkerbundes zu erfolgen habe.

Alle Hoffnungen also, daß eine radikale Zurückweisung des Mussolini-Vorschlags durch Frankreich durch diesen oder jenen moralischen Druck herbeigeführt werden könnte, scheinen — wenigstens bisher — noch nicht in Erfüllung zu gehen. Frankreich kann keine Gelegenheit, sich mit Italien zu verständigen, ungenutzt lassen. Schon heute gilt der französische Botschafter in Rom, de Jouvenel, als Befürworter des Mussolini-Paktes, und es ist bezeichnend, daß — wie eben gedroht wird — de Jouvenel nach Paris berufen wurde, damit er an entscheidenden Beratungen der Französischen Regierung teilnehme.

In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, daß die Beziehungen zwischen Polen und Italien in ein Stadium bedeutsamer Spannung geraten zu sein scheinen. So wird dem Krakauer „Ilustrowany Kurier Codzienny“ aus Rom gemeldet: „In den letzten Tagen hat die antipolnische Propaganda in Italien, mit Rom an der Spitze, einen ernsthaften Umschwung angenommen. Massenhaft werden Bittel und Flugblätter in italienischer Sprache verbreitet, die folgenden Inhalt haben: „Polen hat den Deutschen ihre Gebiete Oberschlesien, Posen und Pommerellen weggenom-

men. Was würdet ihr Italiener sagen, wenn man euch Benedig, Bologna und Florenz wegnehmen würde?“ Die Bittel und Flugblätter, — weiß das polnische Blatt zu melden — auf denen die Landkarte Polens neben der Landkarte Italiens unter Hervorhebung der weggenommenen Gebiete dargestellt sind, werden massenhaft unter den Beamten und dem Militär verbreitet.

Auch eine römische Korrespondenz des „Temps“ beschäftigt sich — wie heute dem „Kurier Warszawski“ gedroht wird — mit den Gründen für die Ablehnung der Beziehungen zwischen Warschau und Rom.

Durch diese neueste polnisch-italienische Spannung ersteht der Politik der Französischen Regierung zusätzliche Schwierigkeiten in ihrem Bestreben, den Drang der „revisionistischen“ Staaten in für Paris erträgliche Bahnen zu lenken. Die polnische Regierung ist sich sicher über die Schwierigkeiten, von denen die „Pakt“-Frage für Frankreich belastet ist, vollkommen klar, daraus ist die Zurückhaltung zu erklären, welche Warschau jetzt übt und aus welcher die Rechtsopposition der Regierung einen billigen Vorwurf zu machen beliebt.

Der amtliche Wortlaut des Vier-Mächte-Pakts.

Paris, 31. März. (Eigene Drahtmeldung.) Der „Matin“ (und ebenso in London der „Daily Herald“ — Die Red.) veröffentlicht am Freitag den amtlichen Wortlaut des Vorschlags der Italienischen Regierung zu einem Vier-Mächte-Pakt, der aus sechs Artikeln besteht und folgendes sagt:

Art. 1. Die vier westeuropäischen Mächte Deutschland, Frankreich, England und Italien verpflichten sich, unter sich eine wahrsche Politik der Zusammenarbeit zwecks Aufrechterhaltung des Friedens im Geiste des Kellogg- und des Nichtangriffs-Paktes zu verwirklichen und auf dem Gebiet der europäischen Beziehungen so zu handeln, daß diese Friedenspolitik im Notfalle auch von den anderen Mächten verfolgt wird.

Art. 2. Die vier Mächte betonen den Grundsatz der Friedensverträge — unter Zugrundelegung der Klauseln des Völkerbund-Paktes — für den Fall, daß eine Lage entstehen sollte, die geeignet ist, einen Streitfall herbeizuführen. Sie erklären gleichzeitig, daß eine Revision nur im Rahmen des Völkerbundes und im Geiste gegenseitiger Verständigung und Solidarität der gegenseitigen Interessen stattfinden kann.

Art. 3. Frankreich, England und Italien erklären, daß die Gleichberechtigung, die Deutschland zuerkannt worden ist, sich praktisch auswirken müsse, falls die Abrüstungs-Verhandlungen nur zu einem Teilergebnis führen sollten. Deutschland verpflichtet sich seinerseits diese Gleichberechtigung nur in dem Maße zu verwirklichen, wie sie nach der Verständigung auf diplomatischem Wege zwischen den vier Mächten nach und nach festgesetzt wird. Die vier Mächte verpflichten sich in derselben Weise über die Gleichberechtigung von Österreich, Bulgarien und Ungarn eine Einigung herbeizuführen.

Art. 4. In allen politischen oder unpolitischen europäischen oder außereuropäischen Fragen, ebenso wie auf dem Gebiete der Kolonial-Politik verpflichten sich die vier Mächte, nach Möglichkeit eine Vereinigung im Sinne der Haltung einzunehmen.

Art. 5. Dieses Abkommen zur Herbeiführung einer politischen Verständigung und Zusammenarbeit, das nötigenfalls den Parlamenten in einem Zeitraum von drei Monaten zur Annahme unterbreitet werden soll, hat eine Gültigkeits-Dauer von zehn Jahren und wird automatisch um die gleiche Zeitspanne verlängert, falls nicht eine der Mächte ein Jahr vor dem Ablauf dieser Frist die Kündigung beantragt.

Art. 6. Das Abkommen wird vom Sekretariat des Völkerbundes registriert.

Was das Projekt Mussolinis außerdem noch enthalten soll.

Wie der „Kurier Warszawski“ aus London meldet, stellt der „Evening Standard“ in einem Artikel fest, daß die Aktion der Kleinen Entente und Polens das römische Projekt vernichtet habe. Bei dieser Gelegenheit teilt der „Evening Standard“ Einzelheiten mit, die in dem Vorschlag Mussolinis, der sechs Punkte umfaßt, enthalten sein sollen:

1. Die Schaffung eines deutschen Korridors durch Pommerellen, durch den König mit Marienwerder verbunden werden soll.
2. Die Rückgabe Siebenbürgens an Ungarn.
3. Die Rückgabe des Banats an Ungarn seitens Jugoslawiens und Rumäniens.
4. Die Rückgabe von Krain an Österreich durch Jugoslawien.
5. Die Autonomie Kroatiens.
6. Die Übereignung Montenegros an Albanien.

Außenminister Beck protestiert gegen den Vier-Mächte-Pakt.

Paris, 1. April. (Eigene Drahtmeldung.) Der Londoner Korrespondent der Havas-Agentur erfährt, daß in London der Auszug einer Erklärung eingegangen ist, die der polnische Außenminister Beck dem englischen Botschafter in Warschau abgegeben haben soll. Minister Beck soll einleitend darauf hingewiesen haben, daß er, da Polen über die zwischen Macdonald und Mussolini geführten Gespräche nicht informiert wurde, auf eine Kommentierung des Plans des Vier-Mächte-Paktes verzichten könnte. Minister Beck halte es aber doch für angezeigt, formell zu erklären, daß die Polnische Regierung diesen Plan als mit dem Geist und dem Inhalt des Völkerbundpaktes im Widerspruch stehend betrachte. Tendenzen, die darauf abzielen, die Meinung Polens und anderer an der Erhaltung des gegenwärtigen Standes der Dinge in Europa interessierten Staaten erst nach vollzogener Tatsache einzuholen, ständen nach der Überzeugung des Ministers Beck im Widerspruch zu der Logik der Lage, da besonders Polen direkt an allen Problemen, die in diesem Plan angeschnitten wurden, interessiert sei. Aus diesen Gründen und auch aus anderen Rücksichten, welche die Polnische Regierung vorzu bringen sich vorbehalte, erklärt Polen von vornherein, daß es sich an irgendeine Entschließung nicht für gebunden halten werde, die von einer auf Grund des römischen Vorschlags gebildeten Mächtegruppe stamme.

Mussolini berichtet.

Washington, 1. April. (PAT.) Der italienische Botschafter in Washington Rosso hat gestern folgendes Dementi über die Meldungen von Mussolinis Plänen betreffend die Grenz-Revisionen in Europa bekannt gegeben:

„Ich bitte kategorisch die Meldungen richtigzustellen, die angebliche italienische Vorschläge betreffen und sich auf territoriale Änderungen in Europa beziehen. Die in den Presse-Telegrammen enthaltenen Informationen sind eine glatte Erfindung.“

Meuterei bei der südslawischen Flotte.

Wie aus Laibach gemeldet wird, hat in Cattaro und Spalato die südslawische Flotte einen Meuteverlust unternommen. Auf den Schiffen einschließlich des Flaggschiffes Dalmatia wurden die kroatischen und die grüne Fahne der Bauerninternationale gehisst. Die Schiffe versuchten, auszulaufen. Es wurde eine große Anzahl kroatischer Offiziere, die in der Marine in der Mehrzahl sind, verhaftet. Die Dalmatia ist ein früheres reichsdeutsches Schlüsschiff.

Bojkott und Vertragsrevision.

Der „D. A. B.“ wird aus London berichtet:

Die Nachrichten über den Gegenbojkott, den die Nationalsozialistische Partei über die Juden in Deutschland verhängt hat, füllen viele Spalten der englischen Presse. Diese Nachrichten haben in Londoner jüdischen Kreisen sehr überrascht und haben sie von der Sinnlosigkeit der bisher in London versuchten Aktionen überzeugt. Auch gestern versammelten sich die Londoner Juden wieder zu einer Protestversammlung. Es war aber nicht mehr von Boykottmaßregeln die Rede, vielmehr beschloß man, zum Zeichen der Sympathie für die Juden in Deutschland, ein Schweigen von einer Minute zu veranstalten.

An Stelle der bisherigen Boykottkampagne ist nun eine andere Kampagne getreten, als deren Führer das jüdische Unterhausmitglied Major Nathan gilt. Nathan ist ein alter liberaler Politiker, hat sich aber von der Partei ziemlich selbständig gemacht und der kleinen Gruppe Lloyd George angenähert. Nathan hat einen Feldzug gegen die Revision der Friedensverträge eingeleitet. Er erklärte, daß diejenigen, die Gerechtigkeit verlangen, zunächst selbst Gerechtigkeit üben müssten. Er sei davon überzeugt, daß Deutschland durch seine eigenen Taten seine gerechten Hoffnungen auf Revision auf unendliche Zeit verschoben müsse.

Er glaubte immer noch, daß die Friedensverträge revisiert werden müssen, aber angesichts der letzten Ereignisse müssen die Mächte von Deutschland Verständigung verlangen, daß rassenmäßige und religiöse Verfolgung nicht innerhalb der Grenzen Deutschlands geduldet würde. Dies sei das Geringste, was man von dieser Nation verlangen könne, die für sich die Gleichberechtigung mit den anderen großen Mächten verlangt. Diese Äußerungen Major Nathans finden in den Zeitungen große Beachtung.

Unerhörte Aprilscherze.

In Belgrad.

Die Seize gegen das neue Deutschland erreichte am Freitag in der südslawischen Hauptstadt Belgrad einen unglaublichen Höhepunkt. Unter dem Vorwand eines Aprilscherzes erschien in den Vormittagsstunden eine Sonderausgabe der „Novosti“. Das Blatt brachte die Nachricht von einem Attentat auf Hitler, der beim Verlassen

seiner Wohnung durch drei Revolverschüsse getötet worden sein sollte. Der erfundene Bericht über den angeblichen Mordanschlag wurde ausführlich mit zahlreichen Einzelheiten ausgeführlich. In Belgrad entstand beim Scheinen des Blattes heimliche Aufregung. Die einzelnen Exemplare wurden Zeitungsverkäufern aus den Händen gerissen. Bei den deutschen amtlichen Vertretern ließen ununterbrochen telefonische Anfragen und Beleidigungen auch von Seiten des Diplomatischen Korps ein. Die Verwirrung war um so größer, als das Blatt die Verdatierung vom 1. April erst auf der zweiten Seite brachte, so daß sie nicht gleich bemerkt werden konnte.

Als eine Rückfrage der deutschen Gesandtschaft in Berlin ergab, daß die Meldungen der "Novosti" zu Unrecht seien, verlangte der deutsche Gesandte Du Four-Ferencz sogleich eine Entschuldigung mit dem Minister des

Außen, protestierte entschieden gegen diesen unerhörten Vorfall und verlangte die Bestrafung der Schulden. Minister des Außen Justiz gab seinem Bedauern über die hohe Hebe Ausdruck und versicherte dem Gesandten, dem Verlangen nach Bestrafung der Beschuldigten nachkommen zu wollen.

In Lemberg.

Einen Aprilscherz, der die erregte Stimmung der jüdischen Bevölkerung von Lemberg charakterisiert, leisteten sich bisher unbekannte Täter, die an zahlreichen Häusern in der Stadt Lemberg Todesanzeige anschlugen, wonach Hitler an dem langen und schweren Leiden der Juden gestorben sei, nachdem er ein Jahr zu lange gelebt habe. Dies teilten die unterdrückten Juden in tiefer Freude mit. Zum Teil sind die trotz der Massenverbreitung handgeschriebenen Todesanzeige mit der Photographie Hitlers versehen.

Nach dem Boykott.

Berlin, 3. April.

Der nationale Boykott gegen die jüdischen Geschäfte als Antwort auf die makrale Greuelpropaganda gegen Deutschland ist sowohl in Berlin als auch im Reiche im allgemeinen ruhig und mit großer Planmäßigkeit durchgeführt worden. In Berlin sind einige jüdische Geschäftsläden, mehrere Kommunisten, Sozialdemokraten und andere Gegner des Boykotts, die sich durch provozierendes Verhalten unliebsam bemerkbar gemacht haben, festgenommen worden. Etwa 50 Personen, darunter eine Anzahl Radikale, die die von der SA angebrachten Boykottplakate abzureißen versuchten, wurden zusammenge stellt. Eine ganze Anzahl ausländischer Geschäftsläden, vor allem Türk, Griechen und Bulgaren, hatten schon vor einigen Tagen Vorsorge getroffen, um bei dem Boykott nicht als Juden angesehen zu werden. Diese Geschäftsläden waren vorher bei der SA-Oberführung erschienen und hatten aus mitgebrachten Passpieren dargelegt, daß sie nicht jüdischer Abstammung seien. Diese Betriebe ausländischer Geschäftsläden, die sich durch Anschläge als solche auswiesen, wurden von dem Boykott nicht berührt.

Schwere Bluttat in Riel.

SS-Mann niedergeschossen, Täter gelingt.

Die Regierungs-Pressestelle in Schleswig teilt mit, daß der jüdische Rechtsanwalt und Notar Friedrich Schumm am Sonnabend mittag gegen 11½ Uhr dem SS-Mann W. A. Stahler ohne triftigen Grund einen lebensgefährlichen Bauchschuß beigebracht hat. Eine erregte Menschenmenge sammelte sich vor dem Polizeigefängnis an, in das der Rechtsanwalt gebracht worden war, ehe der vom Polizeipräsidenten angeordnete Utransport erfolgen konnte. Die Menschenmenge drang in das Gefängnis ein, wo der Rechtsanwalt Schumm durch Revolverschüsse getötet wurde. Der ganze Vorgang spielte sich so schnell ab, daß er von der Polizei nicht mehr verhindert werden konnte. Die Menge drang dann in das Geschäft von Schumms Vater ein und zerstörte das Inventar vollständig.

Bombenanschläge in Hamburg.

Berlin, 3. April. (PAT) Im Laufe des Sonnabends und des Sonntags wurden in Hamburg zwei Bombenattentate verübt. Am Bismarck-Denkmal wurde ein Paket Explosiv-Material niedergelegt, das die Polizei rechtzeitig zu entfernen vermochte. In das Lokal der nationalsozialistischen Sturmabteilung wurden von unbekannten Tätern drei Bomben geworfen, von denen eine explodierte. Die ganze innere Einrichtung wurde zerstört. Menschenopfer sind nicht zu beklagen. Im Zusammenhang mit diesen Attentaten wurden 11 Personen verhaftet.

Im übrigen lagen gestern abend nur ganz vereinzelte Meldungen über deutschfeindliche Aktionen vor. Die korrekte, disziplinierte Durchführung des deutschen Abwehrboykotts hat ihren Eindruck auf das Ausland nicht verfehlt. In New York kam es zu einer unbedeutenden kommunistischen Demonstration vor dem deutschen Generalkonsulat. In Oberschlesien hatten die Juden für Sonntag eine Kundgebung in Katowitz vor dem deutschen Generalkonsulat veranstaltet.

Der jüdische Kriegsrat in Amerika will die deutsche Wirtschaft vernichten.

New York, 3. April. (Eigene Drahtmeldung.) Der Judentümer, Staatsanwalt Aaron Sapiro, gab die Bildung eines jüdischen Kriegsrates bekannt, der die Ausgabe haben soll, einen die ganze Welt umspannenden Boykott der deutschen Waren durch die jüdischen Zwischenhändler herbeizuführen, die angeblich 80 Prozent des deutschen Handels kontrollieren. Als Ziel dieser Bewegung wird offen die Vernichtung der deutschen Industrie angegeben.

Zahlreiche jüdische Organisationen in den Vereinigten Staaten haben zugunsten der angeblich durch die Herrschaft der Nationalsozialisten in Not geratenen deutschen Juden großzügige Sammlungen in die Wege geleitet. Die Judentümer Wiese und Deutscher gaben eine Erklärung ab, daß der Amerikanische Judentagkongress unter Berücksichtigung der Wünsche des Staatsdepartements im Augenblick von Kommentaren über die traurige Lage der deutschen Juden Abstand nehmen will.

Hitler an die Deutsch-Amerikaner.

Die vereinigten deutschen Gesellschaften von New York hatten an Reichskanzler Adolf Hitler das nachstehende Telegramm gerichtet:

Vereinigte deutsche Gesellschaften von New York in Gemeinschaft mit hiesigen deutschen Juden deutscher und amerikanischer Staatsangehörigkeit erfordern heute schärfsten Einspruch gegen unerhörte Deutschenhebe in Amerika. Erbitten zwecks Abwehr Erklärung über künftige rechtliche, politische und wirtschaftliche Stellung der Juden in Deutschland. Persönliche Antwort für Darauf ist vom Staatssekretär in der Reichskanzlei, Dr. Lammer, die folgende Antwort ergangen:

"Reichskanzler dankt für Ihre Mitwirkung im Kampf gegen jede Hebe. Deutsche Juden werden wie alle anderen Staatsangehörigen gemäß der Einstellung zur nationalen

Als Vertrauensmann der NSDAP ist der SS-Führer Erbprinz Josias von Waldeck-Pyrmont in das Amt eingetreten.

Bornemann und Abel der NSDAP beigetreten.

Der "Völkische Beobachter" teilt mit:

"Der frühere Ordenskanzler des Jungdeutschen Ordens, Otto Bornemann, sowie der Pressewart des Ordens August Abel haben ihren Eintritt in die NSDAP mitgeteilt."

Der Hochmeister des Jungdeutschen Ordens Arthur Mahrau erklärte in einer längeren Rede in Berlin, daß der Orden zwar seine wesentlichsten Arbeiten vertrauensvoll der Regierung der nationalen Erhebung überlassen könne (vor allem auch die vom Orden besonders stark betriebene Organisation des freiwilligen Arbeitsdienstes), daß er aber für sich und den Orden an dem selbständigen Wege im Rahmen der nationalen Volksgemeinschaft festhalte.

Das "Berliner Tageblatt" in anderen Händen.

Berlin, 3. April. (PAT) Das heutige "Berliner Tageblatt" veröffentlicht an erster Stelle eine Erklärung des neuen Verlegers Karl Bitter, in dessen Besitz das "Berliner Tageblatt" übergegangen ist, eine Erklärung, in welcher die Anerkennung der Richtung des Blattes im Zusammenhang mit den letzten Ereignissen in Deutschland gerechtfertigt wird. In der Erklärung wird festgestellt, daß die nationale Revolution große Änderungen im inneren Leben Deutschlands hervorgerufen und den Verlag gezwungen habe, sich gegenüber dem heute herrschenden Regime positiv einzustellen. Entsprechend den Grundsätzen der Demokratie wolle die Zeitung den Willen des Volkes respektieren, der in den Ereignissen der letzten Tage seinen Ausdruck gefunden hat.

Enteignung von 82 Prozent

eines alten deutschen Besitzes

Wie wir erfahren, werden zur Agrarreform in Pommern am 10. April d. J. die 737 Hektar der Rittergüter Laslowitz und Poln. Konopat zwangsweise enteignet. Nach Durchführung dieser Enteignung würden den Brüdern von Gordon für jedes Gut nur 175 Hektar landwirtschaftlich nutzbarer Fläche verbleiben, nachdem von beiden Gütern von zwei Jahren schon 895 Hektar zwangsweise enteignet worden sind.

Im ganzen würden von dem 1982 Hektar betragenden Gesamtareal der beiden Güter 1032 Hektar oder 82,5 Prozent durch die Agrarreform enteignet.

Die wirtschaftliche Folge dieser Entscheidung wird sein, daß die bisherige landwirtschaftliche Kultur auf den Acker von Laslowitz erheblich vermindert wird, daß zwei gute Steuerzahler für den Staat mehr oder weniger ausfallen, und daß 15 polnische Arbeitersfamilien entlassen werden müssen, von denen kaum einer in der Lage ist, eine Parzelle zu erwerben. Über die politischen Folgen dieser Enteignung eines alten deutschen Besitzes braucht man nicht viel Worte zu verlieren.

Dr. Göbbels will in Danzig sprechen.

Ein diplomatischer Schritt der Deutschen Reichsregierung in Danzig?

Danzig, 3. April. (Eigene Drahtmeldung.) In Danzig sollte am Mittwoch oder Donnerstag dieser Woche ein Vortragsabend der NSDAP stattfinden, bei dem Reichsminister Dr. Goebbels sprechen sollte. Durch die Aufrichterhaltung des Versammlungsverbots durch den Danziger Senat kann Minister Goebbels seine beabsichtigte Rede in Danzig nicht halten. Diese Tatsache, wie auch die Verschärfung des Versammlungsverbots dadurch, daß auch geschlossene Mitgliederversammlungen der Nationalsozialisten vom Danziger Senat verboten worden sind, haben in Danziger nationalsozialistischen Kreisen eine große Erregung hervorgerufen. Wie die Tel.-Union aus zuverlässiger Quelle erfährt, wird der reichsdeutsche amliche Vertreter in Danzig Generalconsul Dr. Freiherr von Thaermann auf Veranlassung der Deutschen Reichsregierung am heutigen Vormittag einen diplomatischen Schritt beim Danziger Senat unternehmen, der die Unterbindung des Vortrages des Reichsministers Goebbels in Danzig zum Gegenstand haben wird.

Das Heilige Jahr hat begonnen.

Rom, 3. April. Kurz bevor die dunklen Tönen der Uhren von St. Peter am Sonnabend die Mittagsstunde einläuteten, hatte die Zeremonie der Öffnung der Heiligen Tür durch den Papst ihren Abschluß gefunden, das Heilige Jahr 1933 seinen Anfang genommen. Unzählbare Menschenmassen nahmen an diesem feierlichen Akt teil. Nach dem Bemühen in der Sixtinischen Kapelle begab sich der Papst in das Innere des Domes von St. Peter, wo er das Te Deum intonierte und sodann der Menge den Segen erzielte, während die dumpfen Schwingungen der nun das begonnene Jubeljahr einläutenden Glocken den riesigen Raum mit fernem Summen erfüllten.

Am Sonntag hat der Papst auf drahtlosem Wege von seinen Gemächern aus ein 18 Meter hohes, auf dem Monte Senario bei Florenz errichtetes Kreuz erleuchtet.

Kleine Rundschau.

Cambridge siegt wieder über Oxford.

London, 3. April. (Eigene Drahtmeldung.) Der große Ruderkampf zwischen den Mannschaften der beiden Universitätsstädte Cambridge und Oxford, der in diesem Jahre zum 85. Male ausgetragen wurde, endete mit einem Sieg der Cambridge-Mannschaft über Oxford. Cambridge, das in den letzten zehn Jahren die Sieger stellte, hat seit der Durchführung dieser Ruder-Wettkämpfe 44 mal und Oxford 40 mal die Siegespalme errungen. Im Jahre 1877 war das Rennen unentschieden.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 3. April 1933.
Kraatz - 2,71, Sawischow + - , Warchein + 1,18, Bielitz + 3,68, Thorn + 2,03, Gordon + 2,09, Culm + 2,02, Graudenz + 2,30, Kurzebrat + 2,48, Biedeb + 2,06, Dirschau + 2,10, Einlage + 2,55, Schlesienhorst + 2,58.

Konzentrationslager Dachau.

Nach Überwindung großer Schwierigkeiten ist es einem Berichterstatter der "Saarbrücker Zeitung" gelungen, Einblick in das soeben eröffnete Kommunistenkonzentrationslager Dachau bei München zu bekommen und nähere Einzelheiten darüber in Erfahrung zu bringen. Es heißt in diesem Bericht:

Von dem hochragenden Turm der ehemaligen Pulverfabrik Dachau herab, die in den Tagen der Räteherrschaft Hauptangriff auf die entwürdige „Schlacht bei Dachau“ war, steht seit Tagen die schwarze weiße Flagge. Zu Füßen des Turmes liegen die steinernen Wohnbaracken des künftigen Konzentrationslagers Dachau, das vor ein paar Tagen seiner Bestimmung übergeben wurde. Bis in den späten Abend hinein brachten am Tage der Eröffnung mächtige Lastwagen der Landespolizei die ersten 200 Insassen des Lagers herzu: fast ausschließlich Angehörige der kommunistischen Partei. In der vorausgehenden Nacht war unter den Kommunisten Dachaus selber aufgeräumt worden, es gab dabei nicht weniger als 80 Verhaftungen.

Das Lager Dachau umfasst insgesamt über 20 ein- bis zweistöckige Steinbauten, die jeweils 200 bis 250 Mann aufnehmen können. Die Besetzung des Lagers wird zunächst langsam auf 2500 Mann gesteigert werden, um später wahrscheinlich auch auf 5000 gebracht zu werden. Die Parade für die ersten 200 Mann wurde in den letzten Tagen von einem Arbeitsdienstkommando hergerichtet und mit einem dreifachen Stahldrahtverhau gesichert. Erste Arbeit der Lagerinsassen wird sein, die weiteren Steinbauten, die sich in stark verlottertem Zustand befinden, wieder bewohnbar zu machen. Ist dies einmal geschehen, dann wird man sie in kleineren Trupps von vielleicht je 50 Mann in das versumpfte Dachauer Moos hinausführen, wo umfangreiche Kultivierungsarbeiten der Durchführung harren. Hier wird sich später vielleicht einem Teil der Lagerinsassen auch die Möglichkeit eigenen Siedelns bieten.

Die Bewachungsmannschaft des Lagers besteht zunächst aus einer Hundertschaft Landespolizei, die durch SA-Hilfspolizisten noch weiter verstärkt werden soll. Im übrigen wird die Bewachung des Lagers auch durch die Beschaffenheit des sehr übersichtlichen Geländes nicht unwesentlich unterstützt. Für die Versorgung sorgen Feldküchen. Zum Essen findet man sich im großen, allgemeinen Saal zusammen, der noch aus der Zeit des Krieges stammt und damals Sammelort der Pulverfabrikarbeiter zu sein pflegte. Dem Sinn des Lagers entsprechend werden die Schutzgesangenen im übrigen nicht nur zu achtstündiger körperlicher Arbeit herangezogen werden, sondern mit Hilfe von heimatkundlichen Vorträgen und Kursen will man versuchen, auch in geistiger Hinsicht an sie heranzutreten und sie zum Mittun zu bringen. Und man hofft, durch dieses stetige Neinandergreifen von körperschaft und geistiger Lehre aus den Anhängern der staatsverneinenden Lehren wieder national denkende, staatsbejahende Menschen machen zu können.

Konzentrationslager Oranienburg.

Über das Konzentrationslager in Oranienburg bei Berlin sind in verschiedenen Zeitungen Nachrichten verbreitet worden, die von Misshandlungen der Insassen des Lagers sprechen. Nachdem diese Mitteilungen den Inhaftierten vorgelesen waren, haben diese geschlossen folgende Erklärung abgegeben:

"Unaufgefordert und ohne jeden Zwang erklären wir Schutzhäftlinge aus dem Konzentrationslager in Oranienburg, daß die Behauptung von Seiten der Bevölkerung bezüglich hoher oder schlechter Behandlung von den Wachen auf Unwahrheit beruhen. Vielmehr erklären wir, daß wir durchaus menschlich behandelt werden und daß die Versorgung gut und reichlich ist.

Unter dieser Erklärung stehen 75 Unterschriften von Insassen des Lagers.

Konzentrationslager auf dem Heuberg.

Dem Konzentrationslager auf dem Heuberg (Schwäbische Alb) wurde von dem amerikanischen Generalkonsul in Stuttgart in Begleitung des Stuttgarter Polizeipräsidenten auf Einladung der Württembergischen Regierung ein Besuch abgestattet. Dabei konnte sich der Generalkonsul davon überzeugen, daß die politischen Häftlinge — zur Zeit befinden sich 2000 Gefangene im Lager — in keiner Weise irgendwelchen Misshandlungen ausgesetzt sind, sondern in jeder Hinsicht eine gute Behandlung erfahren, somit also die im Auslande verbreiteten Lügennachrichten unbegründet sind.

SA. und Stahlhelm.

Unstimmigkeiten auch in Thüringen.

Wie amtlich bekannt wird, hat sich das Thüringer Innenministerium veranlaßt gesehen, mit der Stahlhelm-Gauleitung des Gaues Saale-Thüringen vorerst jeden Verkehr abzulehnen. Die gleiche Anweisung erging an die Ostthüringer Kreisämter. Begründet wird dieser Schritt damit, daß die Gauleitung des Stahlhelms sich in letzter Zeit gegen die Maßnahmen des Innenministeriums in einer Form und in einem Ton gewandt habe, den das Ministerium unter keinen Umständen dulden könne. Der Verkehr werde erst wieder aufgenommen werden, wenn die Gauleitung erkläre, daß sie künftig die der Landesregierung gegenüber gebotenen Formen wahren werden.

Die Braunschweiger Affäre.

Der Braunschweigische Minister Klages hat nun mehr das Verbot des "Stahlhelm" für das Land Braunschweig aufgehoben.

Der frühere Landesverbandsführer des Stahlhelms, Stadtrat Schrader-Wolfsbüttel, wurde, da durch die vorläufige Vernehmung der Sachverhalt festgestellt worden ist und Fluchtverdacht nicht angenommen wird, aus der Haft entlassen.

Der Rektor der Technischen Hochschule Braunschweig, Prof. Dr. Gähnner, der vor einiger Zeit wegen der Vorgänge an der Technischen Hochschule mit dem Minister des Innern Klages Auseinandersetzung hatte, ist aus Braunschweig seit einigen Tagen verschwunden. Prof. Dr. Gähnner, der politisch etwa der Deutschnationalen Volkspartei zuzurechnen ist, hatte sich in der letzten Zeit zu seiner persönlichen Sicherheit von Stahlhelmern begleiten lassen.

Panflavin
PASTILLEN
billiger!

DIE BEWÄHRTE PANFLAVIN-PASTILLE
SIND NUNMehr ZUM PREISE VON
ZL. 2.95

ZU HABEN
AERZTLICH EMPFOHLEN ZUM SCHUTZ GEGEN
HALSENTZÜNDUNG, ERKÄLTUNG, GRIPPE.

Seine Abreise von Braunschweig hängt offenbar mit dem inzwischen aufgehobenen Verbot des Stahlhelms zusammen. Die braunschweigischen Behörden haben funktelegraphisch im gesamten Reich ersucht, die Festnahme Dr. Gähnners zu veranlassen. Wie aus Berlin berichtet wird, ist Prof. Gähnner inzwischen dort bei der Bundesleitung des Stahlhelms gewesen und hat dem zweiten Bundesführer Düsterberg Mitteilung über die Vorgänge in Braunschweig gemacht. Es verlautet, daß sich mit dieser Angelegenheit bereits die Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidiums beschäftigt.

In Helmstedt sollte der dortige Stahlhelmlührer Dr. Vogel von der Hilfspolizei verhaftet werden, weil er den Auftrag gegeben hatte, eine Photographie von einem angeblich misshandelten Stahlhelmer anzufertigen. Als Dr. Vogel von seiner Verhaftung erfuhr, flüchtete er, ehe man seiner habhaft werden konnte. Das Bildmaterial ist beschlagnahmt worden. Zusammen mit Dr. Vogel ist auch der Helmstedter Stahlhelmlührer Dr. Mensching geflüchtet, da er sich, wie der "Braunschweiger Allgemeine Anzeiger" berichtet weiß, ebenfalls "der Anfertigung von Greuelbildern schuldig gemacht habe, die das 'Barbarentum der Nationalsozialisten' beweisen sollten".

Ein Verbindungsstab der NSDAP.

Der preußische Pressedienst der NSDAP teilt mit, daß auf Anordnung des Reichskanzlers zur Aufrechterhaltung der Verbindung zwischen der Reichsleitung der NSDAP in München und den Amtsstellen der Reichsministerien, insbesondere der Reichskanzlei, ein Verbindungsstab unter der Leitung von SS-Oberführer Reiner eingerichtet ist. Alle Schreiben, die nicht den Dienstweg gehen, werden unverzüglich an die zuständige Stelle zurückgesandt.

Polizeipräsident Heines.

Anlässlich seiner Amtübernahme hielt der neue Breslauer Polizeipräsident Heines eine große Parade über die Schupolizei und die SA-Hilfspolizei ab. Er erinnerte dabei an die Zeit, da er einmal gegen ihn die Todesstrafe beantragt wurde, weil er in heißer Vaterlandsliebe sein Volk und seine Truppe von einem Verräter befreit hätte. Die Seiten seien vorüber, das nationale Deutschland brauche keine Feinde mehr; die Staatsgewalt werde jeden Hoch- und Landesverräters seiner gerechten Strafe unentzüglich zuführen. "Unsere Aufgabe als Hüter der Ordnung" — so erklärte Heines — "heißt nicht niederkriegen und vernichten, sondern aufbauen und helfen. Wer sich aber gegen den Staat stellt, wer Freiheit und Würde des nationalen Deutschlands anzutasten wagt, der soll unsere Faust zu spüren bekommen, den werden wir brutal vernichten."

Zum Schluß verkündete Polizeipräsident Heines, daß drei Breslauer Straßen nach den Namen gefallener SA-Leute benannt werden sollen; in zwei Fällen werden die Straßen nach den SA-Leuten benannt, die in diesen Straßen erschossen wurden.

Paschbeschränkungen für Juden.

Der Breslauer Polizeipräsident hat angeordnet, daß deutsche Reichsangehörige jüdischen Glaubens oder ehemals jüdischen Glaubens, die im Besitz eines Reisepasses sind, diesen persönlich spätestens bis zum 3. April 1933 in dem für ihre Wohnung zuständigen Polizeirevier vorzulegen haben. Die Pässe werden nach Beschränkung ihrer Gültigkeit auf das Land den Pascheinhabern zurückgegeben. Diese Maßnahme sei zur Vermeidung einer weiteren verlogenen Hetze gegen die nationale Regierung des Reiches und der Länder durch reichsdeutsche, auch Breslauer Juden im Auslande nötig geworden. Auch sollen hierdurch weitere die Volkswirtschaft schädigende Verstöße gegen die Devisenbestimmungen verhindert werden.

Ein Unbedenklichkeits-Bermerk.

Nach einer Bekanntmachung des bayerischen Innenministeriums bedarf jeder, der das Gebiet des Deutschen Reiches über die bayrische Auslandsgrenze verläßt, bis auf weiteres einen Unbedenklichkeits-Bermerk der zuständigen Passbehörde in seinem Paß oder sonstigen Reisepapier. Der Bermerk ist zu versagen, wenn Anhaltspunkte dafür vorliegen, daß das Verlassen des Reichsgebietes durch den Paß- oder Reisepapierinhaber die öffentliche Ordnung oder Sicherheit gefährdet. Gegen die Verfassung des Unbedenklichkeitsbermerks ist Beschwerde an die nächstvorgesetzte Aufsichtsbehörde zulässig.

Liechtenstein sperrt die Einbürgerung!

Aus Baden wird einem christlich-sozialen Blatt gemeldet, in Liechtensteiner Regierungskreisen bestehne die Absicht, die Einbürgerung von Ausländern weitgehend einzuschränken, wenn nicht gar zu sperren; dies mit Rücksicht auf die Erfahrungen, die man mit der Einbürgerung der Brüder Rotter und des Herrn von Gontard gemacht habe, die allerdings schon vor Jahren erfolgt sei. Die einzige noch bestehende Liechtensteiner Gesellschaft, die in Bern ihren Sitz hat, wird aufgelassen, so daß Liechtenstein hinfällig seinen diplomatischen Verkehr insgesamt durch die Schweiz führen lassen wird.

Der Vorstand der SPD.

billigt den Austritt des Parteivorsitzenden aus dem Bureau der II. Internationale.

Wie das VDB-Bureau meldet, beschäftigte sich der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei mit dem Austritt des Parteivorsitzenden Wels aus dem Bureau der sozialistischen Arbeiter-Internationale. Über das Ergebnis der Verhandlungen wird von der SPD mitgeteilt:

"Der Vorstand hält das Verhalten von Wels für begründet, da die Beschlüsse des Bureaus der sozialistischen Arbeiter-Internationale neben politischen auch organisatorischen Maßnahmen betreffen, die ohne die Mitwirkung der deutschen Sozialdemokratie zustande gekommen sind. Die Verantwortung für so zustandegekommene Beschlüsse muß die deutsche Sozialdemokratie ablehnen. Sie wird zu diesem Vorkommnis Stellung nehmen, sobald sie dazu in voller Freiheit in der Lage ist."

Über die Frage, ob die SPD nun offiziell ihren Austritt aus der II. Internationale vollziehen will, sagt der Beschuß des Parteivorstandes nichts.

Zentrum und Reichsregierung.

Der Führer der badischen Zentrumspartei, Prälat Dr. Voehr, Mitglied des Reichstags, äußerte sich in einer Vertrauensmännerversammlung der Partei über die politische Lage. Er führte u. a. aus, wenn die Zentrumspartei auch nicht alle Ereignisse der letzten Wochen billigen könne, so würde sie sich doch den Pflichten gegenüber Volk und Staat nicht entziehen. Ein Scheitern der feigen Regierung, so hob Dr. Voehr hervor, brächte die Gefahr des Bolschewismus. Die Aufgabe des Zentrums sei daher klar: Nicht aus Taktik, sondern aus ehrlicher Überzeugung werde das Zentrum die Regierung unterstützen, wo immer es mit seiner Grundeinstellung vereinbar sei. Das Zentrum nehme teil an der nationalen Erhebung. Es sei bereit, am Aufbau mitzuarbeiten und habe, um die schwere Arbeit zu erleichtern, seine Zustimmung zu dem Ermächtigungsgesetz gegeben. Wenn immer noch Klagen über Maßnahmen gegen Zentrumslente kämen, so könne man doch überzeugt sein, daß dies lediglich Übergangsscheinungen seien. Erfreulicherweise habe die Regierungserklärung keinen Zweifel darüber gelassen, daß einem Beamten, wenn er sich zum Zentrum bekenne, kein Unrecht widerfahren dürfe.

Zentrumsführer bei Hitler.

Am Freitag vormittag wurde der Arbeitsausschuss der Zentrumspartei, dem u. a. Prälat Kraas angehört, vom Reichskanzler empfangen. Es handelt sich hierbei — wie die "Germania" erstmalig berichtet — um einen Ausschuss, der gebildet wurde, nachdem Reichskanzler Hitler ausgesagt hat, daß er dieses Gremium regelmäßig über die gesetzgeberischen Maßnahmen des Kabinetts orientieren werde. Zunächst wurde der Arbeitsausschuss über das Gleichschaltungsgesetz informiert.

Ostverbände im Reich.

Wie aus Berlin gemeldet wird, hatten sich am Ende der vergangenen Woche mehrere hundert Vertreter der deutschen Ostverbände in der Reichshauptstadt zu einer Tagung zusammengefunden, auf der über den Zusammenschluß der deutschen Ostverbände Beschuß gefasst werden sollte. U. a. waren vertreten die neugegründete nationalsozialistische Ostorganisation "Deutsche Ostfront", der Deutsche Ostmarkenverein, der vom Stahlhelmbund Wagner geführt wird, der Deutsche Ostdbund, der Ostausschuß der Heimatverbände, von denen der Reichsbund der Posener, der Reichsverband der heimatreuen Ost- und Westpreußen, der Reichsverband heimatreuer Oberschlesier vertreten waren. Ferner waren Abordnungen der studentischen Ostverbände und der in der Ostarbeit stehenden Jugendverbände erschienen.

In der Aussprache vertraten die Vertreter der Deutschen Ostfront Dr. Lüdtke (zugleich einer der drei Präsidenten des "Deutschen Ostbundes") und Dr. Thiele eingehend den Standpunkt, ein Zusammenschluß der Ostverbände könne nur unter autoritärer nationalsozialistischer Führung erfolgen, wenn sich der neue Verband nicht am Formelkram zerreißen solle. Eine ähnliche Haltung nahm der Deutsche Ostmarkenverein ein. Die studentischen und die Jugendverbände waren zur Mitarbeit ohne weiteres bereit, während die im Ostausschuß zusammengeschlossenen Heimatverbände zwar den Zusammenschluß als begrüßenswert bezeichneten, ihn aber unter diesen Umständen scheitern ließen.

Der Ostausschuß verbreite darüber eine Erklärung, in der es heißt, daß er sich nicht sofort und vorbehaltlos dem "Deutschen Ostmarkenbund" anschließen könne — so sollte die einheitliche Organisation heißen; er müsse vorher die Führer seiner Unterverbände hören. Er verwies ferner darauf, daß er sich wie schon vorher allen übrigen Reichsregierungen, so auch jetzt der Regierung der nationalen Erhebung voll und ganz zur Verfügung gestellt habe und bereit sei, die Ostarbeit für die Regierung zu übernehmen. Der Deutsche Ostdbund und der Deutsche Ostmarkenverein haben daher auf den geplanten Zusammenschluß verzichtet.

Im Widerspruch zu diesem letzten Satz wird in einem Teil der reichsdeutschen Presse gemeldet, daß sich der Ostdbund und der Ostmarkenverein bereits zu einem "Deutschen Ostmarkenbund" zusammengeschlossen hätten.

